

Torsten Meyer-Oldenburg/Reinhard Sellnow

# Mediation in der Stadtplanung

– Zur Bedeutung der Einbindung in politische Entscheidungsprozesse –

## 1. Ausgangssituation

Hätte nicht die Topografie und der Verlauf der alten Handelsstraße den Hauptplatz von Landsberg geformt, so hätte man ihn in seiner Originalität erfinden müssen: Die eigenwillige, dreieckige Grundform, die geschwungene Ostfassade und die kunstvolle Kulisse einiger Bürgerhäuser mit der barocken Rathausfassade von Dominikus Zimmermann.

Als Markt- und Handelsplatz, als Platz der Administration, der Bewirtung und Beherbergung war dieser Platz wie kein anderer Ort in Landsberg bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts der Ort für die alltägliche öffentliche Begegnung. Hier wurde aus der Vielfalt so etwas wie Gemeinsamkeit, ohne inszeniert oder veranstaltet zu sein.<sup>1</sup> Plätze wie dieser wurden geschaffen, damit Begegnung und Kommunikation, Waren- und Gedankentausch stattfinden können. Diese waren die zentralen Funktionen des Platzes, welche er in den letzten Jahrzehnten jedoch zunehmend weniger wahrnehmen konnte. Ein Hauptgrund lag in der wachsenden Rolle des Straßenverkehrs, der andere Nutzungen zunehmend verdrängte, aber auch in einer nicht mehr zeitgemäßen Gestaltung und Möblierung. Eine besondere Schwierigkeit ergab sich daraus, dass ein großer Teil des Durchgangsverkehrs über den Hauptplatz geführt werden muss, da nur auf diesem Wege der Lech überquert werden kann. So gab es seit langem Auseinandersetzungen darüber, wie der Hauptplatz der Stadt Landsberg am Lech so umgestaltet werden könnte, dass er wieder die „gute Stube“ Landsbergs würde.

Die letzten großen Stationen dieser Auseinandersetzung waren:

- ▶ der 1992 ausgeschriebene beschränkte Wettbewerb zur Platzgestaltung;

- ▶ die heftige öffentliche Diskussion von drei Preisträgern favorisierten Idee einer Verlegung der Straße von der West- auf die Ostseite des Platzes;
- ▶ der Bürgerentscheid vom 28. Januar 1996, der den Streit entschied, indem sich eine Mehrheit von 70 % der Bürger gegen einen Umbau des Hauptplatzes im Sinne der Preisträger aussprach.

So behielt der Hauptplatz seine Gestalt und die in vielerlei Hinsicht als unbefriedigend erlebte Situation blieb. Im Jahr 2001 griff der Oberbürgermeister auf Anregung

der Bürgerschaft das Problem erneut auf, um die täglich erlebbaren Missstände der Platzgestaltung und -Nutzung zu beheben. Unter dem Motto „Betroffene zu Beteiligten machen“ wurde der Weg eines Mediationsverfahrens gewählt, um eine möglichst sachbezogene und auf Konsens gegründete Lösung zu finden. Um ein erhofftes

Konsensergebnis aus parteipolitischem Streit herauszuhalten, regte der Mediator, Autor Reinhard Sellnow, an, über das Ergebnis im Rahmen eines Ratsbegehrens (Bürgerbegehren vom Stadtrat veranlasst) alle Bürger der Stadt befinden zu lassen. *Abb. 1*

## 2. Ablauf des Mediationsverfahrens

Im Februar 2001 führte der Mediator 14 Vorgespräche mit 55 Personen aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Institutionen. Die zentralen Fragen waren, ob ein konsensual angelegtes Dialogverfahren überhaupt Aussicht auf Erfolg

haben könnte, welche Personen im Verfahren vertreten sein sollten und welche inhaltlichen Probleme vorrangig zu lösen seien. Die Antworten auf diese Fragen waren eindeutig: Die Akteure waren sich einig, dass eine Umgestaltung dringend erforderlich sei, und alle wollten sich ausnahmslos an einem Dialog darüber be-

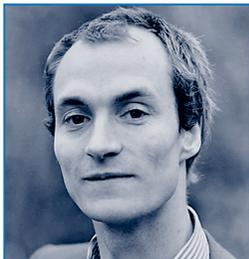


Abb. 1: Arbeitsmodell des Hauptplatzes nach der Umgestaltung (Modell B)

<sup>1</sup> Axel Tilch; Wolf-Eckhart Lups 2001: Konzeptpapier des Wessobrunner Kreises; Mediation Hauptplatz Landsberg/Lech (unveröffentlicht).

teiligen. Die Mitwirkungsbereitschaft wurde von niemandem an Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft, vielmehr wurde Zufriedenheit darüber geäußert, dass sich Bürger- und Interessengruppen in den Ideen- und Konsensfindungsprozess einbringen konnten. Von Teilen einer großen Stadtratsfraktion und einer kleinen politischen Gruppe, die 1997 über die Ablehnung der Hauptplatzgestaltungsvorschläge der Wettbewerbspreisträger in den Stadtrat gewählt worden war, wurde allerdings hier schon die Meinung geäußert, dass man sich eine Umgestaltung des Platzes nur im Rahmen der Beibehaltung der derzeitigen Straßenführung im Westen des Platzes vorstellen könnte, dass Alternativen dazu abgelehnt und im Rahmen des beginnenden Wahlkampfes für Auseinandersetzungen sorgen würden. Ein vom Mediator erarbeitetes Verfahrenskonzept wurde am 14. 3. 2001 mit 20:9 Stimmen im Stadtrat beschlossen, wobei sich viele Ablehnungen nicht gegen das Konzept richteten, sondern auf Zweifel an der zeitnahen Finanzierbarkeit einer Lösung stützten.

Bei den Teilnehmern bestand daher die begründete Erwartung, dass das Mediationsverfahren auch einen starken Rückhalt im Stadtrat haben würde.

## 2.1 Verfahrenskonzept

Als ein freiwillig durchgeführtes Beteiligungungsverfahren der Stadt war das Mediationsverfahren „Forum Hauptplatz Landsberg“ von Art und Umfang her frei gestaltbar. Da rechtlich nicht vorgeschrieben, hatten die Ergebnisse zugleich „nur“ den Charakter von Empfehlungen und konnten (selbstverständlich) den Stadtrat nicht binden. Das Forum sollte ein Abbild der Interessenlagen der Stadtgesellschaft widerspiegeln und in ca. 3 Monaten ein Ergebnis erarbeiten.

Das Forum hatte einen Innen- und einen Außenkreis. Der Innenkreis bestand aus 16 Personen, die aus folgenden Interessengruppen kamen: Wirtschaft (Einzelhandel, Hotellerie und Gaststätten), Umwelt (Agenda 21, BUND), Wohnen (Hausbesitzer und Mieterverein), Jugend, Senioren und körperlich behinderte Personen sowie Verkehrs- und Traditionsvereine. *Abb. 2*

Um den Blickwinkel der „Funktionäre“ organisierter Gruppen durch die Ideen nichtorganisierter Hauptplatzbenutzer (z. B. Einkaufende, Pendler, Touristen etc.) zu ergänzen, war auch deren Beteiligung erwünscht (in dieser Rolle wirkte auch der zweite Autor dieses Artikels, Herr Meyer-Oldenburg, mit). Über die Lokalpresse wurden interessierte Bürger aus der Innenstadt, der „Außenstadt“ und dem Umland aufgefordert, sich zu bewerben. Die Teilnehmenden wurden dann durch die lokale Presse per Los ermittelt.

Im Außenkreis (18 Personen) fanden sich Vertreter aller Stadtratsparteien und Gruppen, der Verwaltung und Experten aus verschiedenen Bereichen (z. B. Verkehrs- und Stadtplaner, Rettungsdienste). Der „Innenkreis“ vereinte die Akteure, die vorrangig miteinander diskutierten und letztendlich eine Empfehlung aussprachen. Der „Außenkreis“ hatte eine eher zuhörende und beratende Rolle und gewährleistete so die sachliche Qualität der Empfehlung.

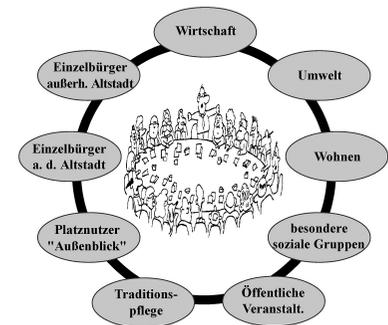
Teil der Verfahrensvereinbarung war eine Geschäftsordnung mit grundlegenden „Spiel“-Regeln, die das Zustandekommen eines konstruktiven und konsensorientierten Dialoges erleichtern sollte. Dieser Geschäftsordnung wurde von allen Teilnehmern zugestimmt. Sinn der Geschäftsordnung war es, einen Schutzraum für die Zeit der Mediation zu gewährleisten, indem beispielsweise Vertraulichkeit vereinbart wurde und die Presse von den Sitzungen ausgeschlossen war.

## 2.2 Ablauf des Mediationsverfahrens

Ein gutes Streitgespräch verlangt einerseits nach einer möglichst sachgerechten, an guten und nachvollziehbaren Argumenten ausgerichteten Vorgehensweise, andererseits nach guten Beziehungen und einem konstruktiven Gesprächsklima. Um diesen Erfordernissen Rechnung zu tragen, gab es vor der eigentlichen Hauptverhandlung im Juni drei vorbereitende abendliche Sitzungen.

Im Rahmen der ersten konnte das Verfahrenskonzept verabschiedet werden und externe Verkehrsplaner stellten die zentralen Grundlagen des übergeordneten Verkehrskonzeptes der Stadt sowie dessen Auswirkungen für den Hauptplatz vor.

**Abb. 2:** Teilnehmende Blickwinkel/Interessen im Innenkreis



Das zweite Treffen diente dem persönlichen Kennenlernen im Rahmen einer Darstellung des persönlichen Bezuges der Teilnehmer zum Hauptplatz. Hier wurden Interessenlagen, Wünsche und Hoffnungen, Ängste und Befürchtungen deutlich, die mit einer Umgestaltung des Platzes verbunden waren.

Die dritte und letzte vorbereitende Sitzung war der Entwicklung von Zielvorstellungen zur Platzgestaltung gewidmet. Die Frage war, welche Aufgaben und Funktionen der zukünftige Platz (vorrangig) erfüllen soll. Die Entwicklung eines Leitbildes (Ziele) und damit eines Kriterienkataloges nimmt in Mediationsverfahren eine zentrale Stellung ein. Sie stellt gewissermaßen die Messlatte oder den Prüfstein dar, an denen spätere Lösungen gefunden, gemessen und bewertet werden können.<sup>2</sup>

Zwischen den Sitzungen wurde von Seiten einiger ortskundiger Architekten ein Vortrag über das Spektrum möglicher Nutzungen und Gestaltungen eines solchen Platzes am Beispiel verschiedener deutscher und europäischer Plätze gehalten, der der Qualifizierung und Inspiration diente.

Da in den letzten Jahren bereits viele Ideen und Vorschläge zur Umgestaltung des Hauptplatzes vorgebracht und gesammelt wurden und das Forum Hauptplatz nicht „das Rad neu erfinden sollte“, wurde das gesamte Material in der Stadtbücherei sowohl der Öffentlichkeit als auch den Akteuren des Forums zugänglich gemacht und zugleich eine Kurzfassung der bisherigen Ideensammlung er-

<sup>2</sup> Torsten Meyer-Oldenburg 2003: *Planen im Diskurs – Konfliktmanagement und Kooperation am Beispiel der kommunalen Landschaftsplanung*. Dortmund; Dortmundervertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

stellt und den Akteuren im Innen- und Außenkreis ausgehändigt.

Auf dieser (Informations-)Grundlage fand an einem Wochenende im Juni die Mediations-Hauptverhandlung statt. Diese lief in folgenden Schritten ab:

### 2.3 Konsensfindung

Unter dem Motto „Zukunft hat Herkunft“ gab es zunächst einen Überblick über die historische Entwicklung des Hauptplatzes durch den Stadtheimatpfleger.

Danach wurden vom Innenkreis die 14 Konsens-Ziele des letzten Vorbereitungsabends in Muss-, Soll- und Kann-Ziele gewichtet. Dies ergab 6 Ziele, die zwingend erreicht werden „mussten“, 7 Ziele, die möglichst erreicht werden „sollten“ und 1 Ziel, das erreicht werden „konnte“. Während im Innenkreis über die Zielhierarchie ohne wesentliche Schwierigkeiten ein Konsens gefunden werden konnte, schien im weiteren Verlauf gerade diese Wertorientierung in der politischen und öffentlichen Diskussion in ihrem für den endgültigen Entwurf bestimmenden Charakter weder erkannt noch in ihrer Ausrichtung geteilt zu werden. Um den „historischen“ Streit um die Straßenführung auf der Ost- oder Westseite des Platzes nicht endlos weiterzuführen, arbeiteten – nach freier Wahl – je zwei Arbeitsgruppen an Gestaltungsmöglichkeiten unter der Vorgabe einer Ost- bzw. einer Weststraßenführung. Damit stand nicht mehr die abstrakte Diskussion der Straßenführung im Zentrum, sondern die jeweilige Leistungsfähigkeit der Platzgestaltung in Hinblick auf die von allen geteilten Ziele und wie sich diese Leistungsfähigkeit in den unterschiedlichen Varianten realisieren ließ. Die Auseinandersetzung sollte auf diese Weise sachorientierter werden, da jede Variante als denkbare angenommen wurde.

Diese erste Vision oder „Der große Wurf“ wurde als Grundidee im Plenum vorgestellt und von den anderen Mitgliedern des Innenkreises und dem Außenkreis mit Bedenken und Anregungen versehen. Danach gingen die Teilnehmer in ihre Gruppen zurück, diskutierten diese Kommentare und arbeiteten sie ggf. ein. Außerdem sollten nun auch die Soll- und Kann-Ziele berücksichtigt werden. Das Ergebnis wurde zum Abschluss des Tages noch einmal im Plenum vorge-

stellt und mit Kommentaren des Außenkreises versehen.

Am Samstagmorgen setzten sich jeweils die beiden Arbeitsgruppen zusammen, die ein Gestaltungskonzept mit der gleichen Straßenverlaufsvorgabe bekommen hatten und versuchten, aus den besten Ideen der beiden Entwürfe einen einzigen zu machen. Hierbei wurde auch die Kompetenz des Außenkreises genutzt, indem die Fachleute und Politiker bei Bedarf gezielt gerufen und um Stellungnahmen und Hilfe gebeten wurden.

Auf diese Weise entstanden das Modell A (Straßenführung westliche Seite) und das Modell B (Straßenführung östliche Seite). Nach der Präsentation beider Konzepte im Plenum war der Außenkreis (Verwaltung, Experten, Politiker) aufgefordert, beide zu bewerten. Der Außenkreis trug für jedes der beiden Modelle alle Argumente zusammen, die für das Modell sprachen, danach alle Argumente, die gegen das Modell sprachen, und schließlich noch alle *offenen, noch zu klärenden Fragen* zu dem jeweiligen Modell.

Nun kam die „Stunde der Wahrheit“, in der der Innenkreis seine Bewertung der beiden verbliebenen Modelle A und B finden musste. Der Außenkreis nahm an diesen Beratungen nicht teil, weil die fachlichen Kommentare ja schon abgegeben waren und die Bewertungen aus Bürgersicht als Empfehlung für Politik und Verwaltung das Ziel waren. Eine Beteiligung des Außenkreises an der Bewertungsdiskussion hätte sonst zur Folge gehabt, dass er an einem Ergebnis mitarbeitet, das er später erneut zur Bewertung als Empfehlung der Bürger vorgelegt bekommt.

Im direkten Vergleich der beiden Modelle wurden die jeweiligen Zielerreichungsgrade diskutiert, abgewogen und entschieden. Hierbei ergab sich – auch zur Überraschung eines Großteils der Teilnehmer – ein eindeutiger und unstrittiger Vorteil des Modells B gegenüber dem Modell A.

Nachdem dies feststand, wurde Modell A aufgegeben und an Modell B weiterdiskutiert. Das Modell B wurde verfeinert und mit Hilfe der wieder hinzugekommenen Experten des Außenkreises auf fachlich korrekte Grundlagen gestellt. Der Innenkreis bemühte sich, nur die Dinge auf der Maßnahmenebene zu regeln, die unverzichtbar schienen, und hierbei den Fachleuten noch ausrei-

chend Gestaltungsspielräume für die konkrete fachliche Umsetzung zu lassen.

Nach einer erneuten sorgfältigen Prüfung, dass alles Notwendige bedacht und ausdiskutiert worden war, erhob man das Arbeitsergebnis zum *einstimmigen Konsens* und zur *Empfehlung* an den Stadtrat, die Verwaltung und die Bürger von Landsberg.

Am Schluss wählte der Innenkreis zwei Sprecher, die den Entscheidungsfindungsprozess und den Entwurf im Stadtrat sowie vor der Lokalpresse erläutern sollten. Abschließend dankte der Oberbürgermeister der Stadt den Teilnehmenden des Innenkreises für die engagierte ehrenamtliche Arbeit und für den gefundenen Konsens mit den Worten: *„Es wäre schön, wenn alle Streitpunkte von einem derartigen Kaliber in einer so konstruktiven Atmosphäre gelöst werden könnten!“*

### 3. Politische Entscheidungsfindung

Im Juni 2001 behandelte der Stadtrat das Ergebnis der Mediation. Der Mediator stellte den Prozess, der Sprecher des Innenkreises das Ergebnis vor. Anschließend folgte eine Beurteilung durch die im Stadtrat vertretenen Parteien. Hierbei wurde deutlich, dass zwar alle Parteien das Engagement des Innenkreises im Mediationsverfahren positiv bewerteten, jedoch brach sofort in voller Härte wieder der alte Streit um die Straßenführung auf dem Platz aus. Bemerkenswert war, dass dieser Streit nicht auf der Ebene der neuen detaillierten Argumente und Abwägungen des Innenkreises ausgetragen wurde, sondern eher auf der formalen Ebene der Ablehnung dieser Lösung durch den Bürgerentscheid vor vier Jahren. Während beim Stadtratsbeschluss für das Mediationsverfahren im März die offen gelegte Vorgehensweise (Verfahrenskonzept) ohne Bedenken oder Kritik beschlossen (und diese auch eingehalten) wurde, machten die Gegner des Konsens-Ergebnisses nun Verfahrensmängel geltend und zogen die Neutralität des Mediators in Zweifel. Dennoch beschloss der Stadtrat, das Ergebnis der Mediation ohne inhaltliche Alternative der Bürgerschaft in einem Ratsbegehren zur Abstimmung zu stellen.

Das Ratsbegehren selbst und seine Frage der Umgestaltung des Hauptplatzes entwickelten sich zu einer ungeahn-

ten, wahlkampfählichen Auseinandersetzung in der Stadt. Insgesamt erschienen mehr als 40 Artikel in der Lokalpresse über die Hauptplatzumgestaltung. Es wurden u. a. Stellungnahmen veröffentlicht, die die Verfahrensgestaltung angriffen, das Verhalten einzelner Personen kritisierten oder Argumente pro und contra einer Umgestaltung vertraten. Letzteres geschah jedoch wiederum mit oft pauschalen Thesen und Vermutungen und kaum auf der Ebene der inhaltlichen Argumente und Abwägungen des Mediationsverfahrens. Es wurden Plakate der Parteien mit unterschiedlichen Plädoyers im Stadtgebiet aufgehängt und zahlreiche Flugblätter verteilt. Das Flugblatt einer Partei wurde sogar per gerichtlicher Verfügung verboten und der Oberbürgermeister (als Unterstützer des Mediationsergebnisses) musste sich gerichtlich gegen wissentlich falsche Behauptungen und Verleumdungen wehren. Die Stadtverwaltung verteilte ein Informationsblatt, in welchem sie für die Realisierung des Entwurfes des Innenkreises warb. Der Oberbürgermeister selbst wandte sich persönlich mit seinem Wort an die Bürgerschaft. An einem Samstag fand eine Probeplatzgestaltung statt, die erahnen lassen sollte, in welcher Weise der Hauptplatz nach seiner Umgestaltung genutzt werden könnte.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung fand in einem großen Saal eines ansässigen Gasthauses ein Streitgespräch zwischen Befürwortern und Gegnern der Mediationsempfehlung statt, bei dem etwa 400 Personen anwesend waren. Auch hier ging es dann wiederum fast ausschließlich um die Straßenführung an sich und kaum um die Frage, mit welcher Straßenführung und Gestaltung des Platzes die Konsens-Ziele am besten zu erreichen seien. Auch das Angebot des Oberbürgermeisters nützte nichts, das Mediationsergebnis nicht als unveränderbar, sondern als neue Diskussionsgrundlage zu verstehen, dessen eventuelle Nachteile noch behoben werden könnten. Die Polarisierung erlaubte keine differenzierte Betrachtung der Vor- und Nachteile, der Folge- und Nebenwirkungen mehr.

Das Ergebnis des Ratsbegehrens vom Oktober 2001 war eindeutig: 68 % der Bürger stimmten gegen eine Umgestaltung nach der Empfehlung des Innenkreises. Die einigende Kraft des Konsenses, welcher differenziert in der Me-

diation gefunden werden konnte, wurde in der groben politischen Auseinandersetzung wieder zerrieben.

#### 4. Mögliche Gründe des Scheiterns und offene Fragen

Obwohl also das Mediationsverfahren selbst mit der breitgestreuten Beteiligung aller für notwendig erachteten Blickwinkel der Stadtgesellschaft und sowohl organisierter Interessen wie auch nichtorganisierter Bürger zu einem 100%igen Konsens fand, wurde ebendieses Ergebnis anschließend sowohl zwischen den politischen Parteien wie auch in der Bürgerschaft erneut zum Zankapfel und schließlich abgelehnt. Dies, obwohl sich zuvor alle Akteure einig waren, dass „nichts zu tun“ die aller schlechteste Lösung sei. Ebendiese schlechteste Lösung war aber letztendlich das politische Ergebnis.

Dies wirft die wichtige Frage nach der richtigen Einbindung von Mediationsverfahren in formale Entscheidungsprozesse auf, denn was nutzt ein transparentes Verfahren und ein 100%iges Konsens-Ergebnis, wenn der Transfer dieses Konsenses zu den politischen Entscheidungsträgern und der Bürgerschaft nicht gelingt?

Folgende Fragen müssen an dieser Stelle aufgeworfen und über den geschilderten Fall hinaus grundsätzlich diskutiert werden:

- ▶ Wie nahe darf ein Mediationsverfahren vor einer (Kommunal-)Wahl liegen, wenn die Gefahr besteht, dass es zum Wahlkampfthema gemacht wird (hier waren es ca. 5 Monate)?
- ▶ „Verbietet“ sich ein Mediationsverfahren, wenn es politische Gruppierungen gibt, die genau über dieses Streitthema in den Stadtrat gewählt wurden und ihre Existenz und Identität mit einer bestimmten inhaltlichen Position verbinden?
- ▶ Sollten Politiker an der unmittelbaren Diskussion und Verhandlung in Mediationsverfahren (hier im Innenkreis) beteiligt werden, obwohl sie das Ergebnis später zur Bewertung und Entscheidung noch einmal vorgelegt bekommen?
- ▶ Macht es Sinn, ein Mediationsverfahren mit einem Ratsbegehren zu koppeln? Die Intention, es damit aus dem Parteienstreit herauszuhalten, ist

ja hier (unabhängig vom späteren Abstimmungsergebnis) misslungen, da die differenzierten Argumente nicht transportiert werden konnten.

- ▶ Gibt es bessere Möglichkeiten, ein Konsens-Ergebnis politisch und in der Öffentlichkeit „zu verkaufen“ und dabei vor allem eine inhaltliche Auseinandersetzung mit differenzierten Argumenten und Abwägungen zu erreichen?
- ▶ Wie kann man verfahrenstechnisch einer Situation Rechnung tragen, wenn politische Parteien einerseits in Vorgesprächen zu erkennen geben, dass sie eigentlich nicht ergebnisoffen sind (andere Positionen seien „Unfug“, „das wird sich schon zeigen“), andererseits dies aber nicht öffentlich sagen und die geforderte Ergebnisoffenheit im Verfahrenskonzept sogar selbst unterschreiben?
- ▶ Bedeutet die zeitliche Organisation der Mediation an einem Wochenende einen zu hohen Anspruch an Flexibilität? Bedeutet ein so schnell erzielt Ergebnis „zu viel Veränderung auf einmal“ oder lassen sich über mehrere Etappen neue Erkenntnisse und Einsichten schrittweise besser verarbeiten?
- ▶ Ist die Rückkoppelung zu den entscheidenden Gruppen (die hier aufgehoben war, denn gute Argumente, aus der jeweiligen Interessenlage vorgebracht, sollten genügen) zwingend und unverzichtbar (obwohl das Problem später ja nicht die beteiligten Gruppen, sondern die politischen Parteien waren)?

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass Umweltmediation – im Vergleich zu anderen Mediationsanwendungsfeldern – erhebliche Besonderheiten in den Rahmenbedingungen aufweist, denen mit kreativen Ideen, aber auch noch mit methodischen Weiterentwicklungen Rechnung zu tragen ist.

#### Dr. Torsten Meyer-Oldenburg

Landschaftsplaner & Konfliktforscher  
Raiffeisenstr. 4; 86946 Vilgertshofen  
E-Mail:  
torsten.meyer-oldenburg@arcor.de

#### Reinhard Sellnow

Moderator & Mediator,  
Dipl.-Vw & Stadtplaner  
Amtmannsbrücklein 1, 90475 Nürnberg  
E-Mail: reinhard@sellnow.de  
Internet: www.sellnow.de